

Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums

1. Einführung und Problemskizze

Das Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat in den letzten zwei Jahrzehnten enorm an Bedeutung gewonnen. Insbesondere auf kommunaler Ebene wurden unterschiedliche Formen und Ansätze einer Beteiligung und Mitgestaltung von Kindern und Jugendlichen – seien dies nun Projekte der Verkehrs- und Wohnumfeldplanung, Stadtteilerkundungen, Spielplatzgestaltung oder Kinder- und Jugendparlamente – entwickelt. In Kindertageseinrichtungen, Schulen und weiteren Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe sowie bei Jugendverbänden und freien Trägern sind einzelne Partizipationsprojekte umgesetzt worden. Auch die zuständigen Ministerien auf Landes- und Bundesebene sowie auf Ebene der EU haben sich in diesem Feld engagiert. Zumindest wurden Programmpapiere formuliert und Modellprojekte aufgelegt.

Dies könnte den Eindruck nahelegen, dass wir uns im Hinblick auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf einem guten Weg befinden. Dagegen spricht allerdings, dass nach wie vor eine enorme Kluft zwischen Anspruch und politischen Absichtserklärungen einerseits und der Partizipationswirklichkeit andererseits festgestellt wird. So wird etwa im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010“¹ (NAP) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als eines von sechs Handlungsfeldern deklariert. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass die Bereitschaft der Erwachsenen, Entscheidungsmacht zu teilen, insbesondere auf lokaler Ebene steigerungsfähig ist, wenngleich (nicht nur) auf dieser Ebene einzelne Maßnahmen für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung initiiert wurden. Diese Diskrepanz zwischen fachpolitischen Zielen und Absichtserklärungen einerseits und Partizipationswirklichkeit andererseits wurde bereits in der Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums von 2001 zur „direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ festgestellt.² Insbesondere wurde eine Verstetigung von oft nur zeitlich befristeten Teilnehmungsprojekten angemahnt. Irritierend ist, dass sich an dieser Sachlage bis heute nichts Wesentliches verändert hat. Trotz der Vielzahl von Projekten und der wachsenden Bedeutung dieses Themas in der Fachdiskussion stellt das BJK fest, dass eine strukturelle Nachhaltigkeit im Sinne verlässli-

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2006): Nationaler Aktionsplan. Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010. Berlin

² Vgl. Bundesjugendkuratoriums (BJK) (2001): Direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Bonn. Zu finden unter: www.bundesjugendkuratorium.de/positionen.html

cher, situations- und personenunabhängiger Partizipationsangebote für Kinder und Jugendliche bislang nicht entstehen konnte. Im Gegenteil: Empirische Studien belegen, dass die überwiegende Mehrzahl von Kindern und Jugendlichen keineswegs über ausreichende Möglichkeiten verfügt, sich an Entscheidungen, die sie selbst betreffen, zu beteiligen. Genau dies aber sichert Artikel 12 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (UN-KRK)³, die am 05. April 1992 in Deutschland in Kraft getreten ist, allen Kindern und Jugendlichen zu.

Wenn Kinder und Jugendliche ein Recht auf Partizipation haben, die Eröffnung von entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich allerdings in den letzten Jahren kaum Fortschritte gemacht haben, dann ist fachpolitischer Handlungsbedarf gegeben.

Das BJK nimmt diese Kluft zum Anlass, die Bedeutung von Kinder- und Jugendpartizipation für die Kinder- und Jugendpolitik darzulegen und Empfehlungen für die weitere Entwicklung zu formulieren. Im Einzelnen möchte das BJK mit seiner Stellungnahme folgende Fragen klären:

- Was ist unter Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu verstehen und welche Missverständnisse gilt es zu vermeiden? (Kap. 2)
- Welche Bedeutung hat Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowohl für diese selbst als auch für die Gesellschaft und ihre Institutionen? (Kap. 3)
- Wie lässt sich der Stand der Partizipation in einzelnen lebensweltlichen Bereichen und auf unterschiedlichen politischen Ebenen beschreiben und welche Barrieren bzw. Gelingensbedingungen lassen sich identifizieren? (Kap. 4)
- Welche Empfehlungen können hinsichtlich der Weiterentwicklung und Stärkung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen formuliert werden? (Kap. 5)

2. Was ist Partizipation von Kindern und Jugendlichen?

Bei einer so vielstimmigen und häufig mit Missverständnissen belegten Debatte muss zunächst definiert werden, was unter Partizipation von Kindern und Jugendlichen verstanden wird.⁴ Die Definitionsversuche beziehen sich meist auf unterschiedliche Intensitätsgrade bzw. Stufenleitermodelle⁵, die Formen der Nicht-Beteiligung wie *Fremdbestimmung*, *Dekoration* und *Alibiteilnahme* umfassen, sowie unterschiedliche Grade von Beteiligung, die über *Teilhabe*, *Mitwirkung* und *Mitbestimmung* bis hin zu *Selbstbestimmung* und *Selbstverwaltung* reichen⁶. Diese Begriffe verweisen auf unterschiedliche Facetten des Gemeintem.

³ Vgl. BMFSFJ (Hrsg.) (2008): Übereinkommen über die Rechte des Kindes. UN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut mit Materialien. Berlin

⁴ Fatke setzt in seinem Definitionsversuch bei der Wortbedeutung an. Partizipation entstand aus dem lateinischen „partem carpere“, was wörtlich „einen Teil (weg-)nehmen“ bedeutet (vgl. Fatke, Reinhard (2007): Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh, S. 19-38, S. 23 ff.).

⁵ Vgl. Hart, Roger (1997): Children's Participation. The Theory and Practice of Involving Young Citizens in Community Development and Environmental Care. Sterling; Schröder, Richard (1995): Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung. Weinheim

⁶ Vgl. Fußnote 5, Unterscheidung von Schröder (1995, S. 16 ff.)

Partizipation von Kindern und Jugendlichen läuft darauf hinaus, einen Teil der Verfügungsgewalt über die eigene gegenwärtige wie zukünftige Lebensgestaltung von den Erwachsenen auf die Kinder und Jugendlichen zu übertragen. Es geht dabei um Entscheidungen, von denen die Partizipationsbeteiligten unmittelbar betroffen sind. Ernstgemeinte Partizipation verändert die Entscheidungsprozesse sowie die -ergebnisse und wirkt sich auf die Lebenswelt der betroffenen Kinder und Jugendlichen aus.

Wenn im Folgenden von Partizipation gesprochen wird, sind Prozesse der *Teilhabe* bzw. *Mitbestimmung* von jungen Menschen an sie betreffenden Entscheidungsprozessen in allen relevanten Lebensbereichen gemeint. An welchen konkreten Themenbereichen und (Streit-) Fragen Kinder und Jugendliche allerdings teilhaben, mitwirken und mitbestimmen, kann in den unterschiedlichen Handlungsbereichen – Familie, Schule, kommunale Ebene, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe etc. – sehr unterschiedlich sein.⁷

Der Partizipationsbegriff des BJK bedarf zudem der präzisen Abgrenzung gegenüber dem Begriff der politischen Partizipation im engeren Sinne. Politische Partizipation bezieht sich auf das breite Spektrum unterschiedlicher Formen der Einflussnahme auf Entscheidungen im politischen System.⁸ Hierbei kann es sich wiederum sowohl um konventionelle bzw. verfasste Formen der Partizipation wie die Beteiligung an Wahlen handeln als auch um unkonventionelle bzw. nicht-verfasste Formen wie etwa die Teilnahme an Protestaktionen, Aktionen des zivilen Ungehorsams, Unterschriftensammlungen etc. Der hier verwendete Partizipationsbegriff schließt solche Formen der politischen Partizipation mit ein, zielt aber ebenso darauf ab, die unterschiedlichen Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im sozialen bzw. alltagsweltlichen Bereich systematisch einzubeziehen. Dies ist notwendig, da Kinder und Jugendliche bis zum Erreichen der Volljährigkeit von dem Recht auf politische Partizipation durch die Beteiligung an Wahlen ausgeschlossen sind.⁹ Eine Fokussierung der Diskussion auf politische Partizipation müsste sich daher in weiten Teilen auf zukunftsbezogenes Probehandeln und Handlungsintentionalitäten beschränken. Unter der Bedingung, dass Kindern und Jugendlichen die vollen politischen Bürgerrechte (noch) nicht zugestanden werden, ist von konstitutiver Bedeutung, ob und in welchem Maße Kindern und Jugendlichen dort Beteiligungsrechte zugesprochen werden, wo sie sich im alltäglichen Leben bewegen, nämlich in Familie, Schule, Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe, Jugendverbänden und im kommunalen Raum. Damit knüpft das BJK an die analytische Unterscheidung zwischen Demokratie als Regierungsform und Demokratie als Lebensform an und betrachtet Partizipation als einen integralen Bestandteil des Alltagslebens von Kindern und Jugendlichen. Partizipation, in der hier

⁷ Vgl. Fußnote 4, ebd., S. 26

⁸ Westle, Bettina (1994): Politische Partizipation. In: Gabriel, Oscar W. / Brettschneider, Frank (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Opladen, S. 137-173

⁹ Vgl. die Position zur Herabsetzung des Wahlalters in der Stellungnahme des BJK (2009): Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeit und Stolpersteine. München, S. 41

verwendeten Bedeutung, bezieht sich auf alle Entscheidungsprozesse des Alltagslebens in Familie, Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen, Verbänden und Vereinen, parlamentarischen und vorparlamentarischen Entscheidungsgremien auf örtlicher und überörtlicher Ebene in allen Lebensbereichen im Sinne von „Alltagsdemokratie“.¹⁰

3. Warum sind Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen?

Hinsichtlich der Reichweite und Bedeutung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gibt es in Öffentlichkeit und Politik unterschiedliche Positionen. Während die Einen eine Anhörung von Kindern und Jugendlichen in sie betreffenden Angelegenheiten – zum Beispiel bei der Gestaltung eines Spielplatzes – für ausreichend halten, setzen sich Andere für eine umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Angelegenheiten ein. Darüber hinaus werden Beteiligungsangebote bzw. -verfahren mit relativ pragmatischen und opportunistischen ad-hoc-Begründungen unterfüttert. So wird etwa die Einführung eines Kinder- und Jugendforums als ein Beitrag zum Abbau vermeintlicher Politikverdrossenheit junger Menschen oder der Einbezug von Jugendlichen in die Planung eines Jugendtreffs mit der Reduzierung von Vandalismus oder der Effizienzsteigerung von Planungsprozessen durch Beteiligung legitimiert. Allen diesen instrumentellen und situativen Begründungen haftet etwas Beliebiges und Austauschbares an.¹¹ Die stillschweigende Übereinkunft dahinter läuft darauf hinaus, dass man Kinder und Jugendliche in spezifischen Entscheidungsbereichen oder Handlungsfeldern beteiligen kann, wenn es zufällig den Interessenslagen und Bedürfnissen beteiligter erwachsener Akteursgruppen entgegenkommt, es allerdings auch lassen kann, wenn solche Gründe nicht gegeben sind. Auch wenn all diesen Begründungen ihre Berechtigung nicht abgesprochen werden soll, so greifen sie dennoch – isoliert betrachtet – zu kurz. Die eigentliche Begründung für Kinder- und Jugendbeteiligung muss auf einer grundsätzlicheren Ebene ansetzen.

Gegen eine grundsätzliche, situationsunabhängige Stärkung von Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen werden allerdings verschiedene Einwände vorgebracht. So besagt etwa ein weit verbreitetes Argument, dass es Kindern und Jugendlichen an Kompetenz, Erfahrung und Reife mangle. Danach seien Kinder noch viel zu klein und es fehle ihnen an Urteilsfähigkeit, um über Angelegenheiten mitentscheiden zu können, die sie selbst betreffen.¹² Kinder sollten daher zunächst einmal die erforderlichen Kompetenzen erwerben, bevor sie mitwirken und mitgestalten könnten. Gegen diese plausibel klingende Position spricht, dass Kompeten-

¹⁰ Stange, Waldemar / Tiemann, Dieter (1999): Alltagsdemokratie und Partizipation: Kinder vertreten ihre Interessen in Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune. Opladen. In: Glinka, Hans Jürgen u. a. (Hrsg.): Kulturelle und politische Partizipation von Kindern. Interessenvertretung und Kulturarbeit für und durch Kinder. München, S. 211-332

¹¹ Vgl. Olk, Thomas / Roth, Roland (2007): Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh

¹² Vgl. Fußnote 2, ebd.

zen und Erfahrungen in der Regel erst im Vollzug bestimmter Handlungen entstehen, so dass die Zuerkennung von Partizipationsrechten Kinder- und Jugendliche überhaupt erst in die Lage versetzt, entsprechende Beteiligungskompetenzen zu entwickeln. Diese Einsicht in die Wechselwirkungen zwischen dem biografischen Aufbau von Beteiligungskompetenzen und -motivationen einerseits und der Einräumung von Teilhaberechten andererseits ist konstitutiv für ein angemessenes Verständnis des Aussagegehaltes des Artikels 12 der UN-KRK. Anstatt davon auszugehen, dass Kompetenzen erst in allen Dimensionen voll ausgebildet werden müssen, bevor Beteiligung möglich ist, geht die UN-KRK von der Vorstellung eines dynamischen Prozesses des Kompetenzaufbaus im Vollzug der Partizipationsrechte aus.¹³ Demnach können auch kleine Kinder in den sie betreffenden Angelegenheiten sehr wohl kompetent mitbestimmen, ohne gleichzeitig allgemeine Fragen politischer (Selbst-)Regierung beurteilen können zu müssen. Bei den „sie betreffenden Angelegenheiten“ geht es um Fragen ihres alltäglichen Lebens, also um Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen, im Wohnumfeld, der Verkehrsplanung etc. Indem Kindern das Recht eingeräumt wird mitzubestimmen, erhalten sie auch die Chance, die hierfür erforderlichen Kompetenzen im Vollzug dieser Beteiligungshandlungen weiterzuentwickeln, was sie gleichzeitig in die Lage versetzt, sich Schritt für Schritt an weitergehenden Partizipationsprozessen zu beteiligen.¹⁴ Solche Prozesse des „Empowerment“ setzen allerdings zweierlei voraus: Zum einen müssen die Institutionen, in denen sich Kinder und Jugendliche alltäglich bewegen (Kindertageseinrichtung, Schule, weitere Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe etc.) Beteiligungsmöglichkeiten systematisch vorsehen und zum anderen setzt dies ein beteiligungsorientiertes Handeln der Erwachsenen (Lehrkräfte, Personal der Kinder- und Jugendhilfe etc.) voraus.

Ein weiteres Gegenargument besagt, dass Kinder und Jugendliche durch (zu viel) Beteiligung überfordert würden, geschützt werden müssten und dass es Grenzen der Partizipation gäbe. Hiergegen ist einzuwenden, dass, ehe vorschnell über Grenzen gesprochen wird, zunächst einmal die Chancen der Partizipation ausgelotet werden müssten. Jedenfalls zeigen empirische Studien, dass sich Kinder und Jugendliche in vielen Entscheidungssituationen ihres täglichen Lebens als wesentlich kompetenter erweisen, sich mehr Beteiligungskompetenzen zutrauen, als die meisten Erwachsenen dies vermuten würden und dass die Sichtweisen von Erwachsenen und Kindern hinsichtlich tatsächlich eingeräumter Partizipationschancen markant auseinander gehen. So schätzen Kinder und Jugendliche in Befragungen die von ihnen wahrgenommenen Partizipationschancen – etwa in der Schule – als wesentlich geringer ein als die

¹³ Lansdown, Gerison (2005): *The Evolving Capacities of the Child*. UNICEF Innocenti Research Centre (Hrsg.). Florenz

¹⁴ Vgl. Fußnote 9, ebd.

Lehrkräfte derselben Einrichtung.¹⁵ Die Grenzen der Partizipation sind derzeit weniger bei den Kindern und Jugendlichen als vielmehr bei den Erwachsenen zu suchen.

Der Umgang mit den Beteiligungsrechten und -chancen junger Menschen drückt vorherrschende Kindheits- und Jugendbilder in einer Gesellschaft aus. Werden Kinder und Jugendliche primär als unfertige, in Entwicklung befindliche Wesen betrachtet, die erst in die Gesellschaft hineinwachsen müssen, wird Partizipation als etwas wenig Bedeutsames, Punktuell und als eine durch wohlwollende Handlungen von Erwachsenen zu gewährende „Belohnung“ betrachtet. Werden Kinder und Jugendliche dagegen als vollwertige und grundsätzlich handlungsfähige Mitglieder einer Gesellschaft gesehen, die generell über dieselben Rechte wie Erwachsene verfügen, dann wird die Einräumung von Partizipationsrechten als eine systematische und kontinuierlich zu beachtende Dimension im Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen anerkannt. Partizipation ist ein zentraler Motor für die Integration von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft. Erst wenn sich junge Menschen mit sicht- und erlebbaren Auswirkungen auf ihre Lebenswelt beteiligen, haben sie teil an der Gesellschaft, der sie angehören. Zugleich schafft dies einen Bezug zwischen ihnen und ihrer Umwelt und stärkt ihre Identifikation mit der Gesellschaft. Indem sie sich beteiligen, nehmen sie ihre Umwelt in einer Weise wahr, dass sie sich um sie sorgen, und sie können ein Verantwortungsgefühl gegenüber ihrer Umwelt entwickeln. Dabei erwerben sie Kompetenzen und Motivationen – wie Selbstwirksamkeit, Verantwortungsbewusstsein, instrumentelle Kompetenzen etc. –, die wiederum bei der Ausübung weiterer gesellschaftlicher Rollen zentrale Bedeutung erhalten. Partizipation hat also eine sozialisatorische Bedeutung, nicht nur im Hinblick auf Prozesse der politischen Sozialisation, sondern auch im umfassenden Sinn als Faktor beim Erwerb einer produktiv gestaltenden Einordnung des jungen Menschen in seine sozialen Lebensbezüge. Ein weiteres Argument für Partizipation ist die Einsicht, dass diese – folgt man subjektorientierten Bildungsverständnissen – eine konstitutive Voraussetzung für gelingende Bildung darstellt. Kinder und Jugendliche müssen zu Subjekten des Lerngeschehens werden, damit erfolgreiche Lernprozesse in Gang kommen können.¹⁶

Die elementare Legitimation für Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen aber liefern die Menschenrechte.¹⁷ Sie haben einen universellen Geltungsanspruch und sind nicht an konkrete gesellschaftliche Bedingungen gebunden. Danach teilen Kinder und Jugendliche mit al-

¹⁵ Fatke, Reinhard / Schneider, Helmut (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh

¹⁶ Vgl. Zinnecker, Jürgen (2000): Selbstsozialisation. Essay über ein aktuelles Konzept. In: Zeitschrift der Soziologie für Erziehung und Sozialisation (ZSE), 20. Jg., Heft 3, S. 272-290; neuere Konzepte der frühkindlichen Bildung betonen ebenfalls die Bedeutung von Partizipation für das Gelingen frühkindlicher Bildungsprozesse (vgl. Knauer, Raingard (2008): Partizipation in Kindertageseinrichtungen. Die Kinderstube der Demokratie. Vortragsmanuskript einer Anhörung des BJK zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen im September 2008. Berlin / München).

¹⁷ Vgl. Roth, Roland (2008): Einführungsvortrag zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Begründungen, Widerstände und Handlungsansätze. Vortragsmanuskript einer Anhörung des BJK zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen im September 2008. Berlin / München

len anderen Menschen und damit auch mit Erwachsenen dieselben Grundrechte. Sie sind demzufolge in allen Fragen und Angelegenheiten zu beteiligen, die sie betreffen. Die völkerrechtlich verbindliche Grundlage der systematischen Beteiligung der Bevölkerungsgruppe Kinder – hier definiert als unter 18-Jährige – liefert die UN-KRK.¹⁸ In ihr werden die sozialen und politischen Rechte von Kindern herausgearbeitet.

Angesichts der grundlegenden Bedeutung der Partizipation für den Mitgliedschaftsstatus von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft plädiert das BJK dafür, Partizipation als konstitutiven Bestandteil aller Maßnahmen, Programme und Institutionen für Kinder und Jugendliche zu betrachten. Alle Einrichtungen und Dienste für Kinder und Jugendliche sollten erweiterte Partizipationschancen einräumen. Partizipationsangebote und -verfahren sollten so ausgestaltet werden, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, schulischem Bildungsniveau, sozialer Herkunft und Wohnort durch diese Partizipationsangebote erreicht werden können. Aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen bedeutet dies, dass Partizipation nur dann als ein subjektiv bedeutsamer Bestandteil der Lebenswelt erfahren werden kann, wenn sie dort ermöglicht wird, wo Kinder und Jugendliche große Teile des alltäglichen Lebens erleben und gestalten. Es bedarf insbesondere nachhaltiger Beteiligungschancen in Schulen, Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe sowie auf kommunalpolitischer Ebene. Um solche nachhaltigen und umfassenden Beteiligungsmöglichkeiten entwickeln und kontinuierlich aufrechterhalten zu können, müssen die Weiterentwicklung von Partizipationschancen als Aufgabe aller Ebenen des föderalen Staates wahrgenommen sowie gemeinsame Vorhaben und Strategien koordiniert und kooperativ ausgestaltet werden.

4. Zu selten, zu wenig, ohne Wirkung – Zum Stand der Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Neben der Frage, welche Angebote und Gelegenheiten der Partizipation vorhanden sind und wie Kinder und Jugendliche diese Angebote nutzen, ist insbesondere von Interesse, von welchen Bedingungsfaktoren es abhängt, ob sich Kinder und Jugendliche beteiligen und ob sie sich ermutigt fühlen, ihre Beteiligungsaktivitäten fortzusetzen bzw. zu erweitern.

Im Folgenden sollen einige empirische Befunde zur sozialen bzw. alltagsweltlichen Partizipation – also zur Beteiligung in Familie, Schule und Kommune – präsentiert werden (Kap. 4.1). Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Stand der Forschung im Bereich von Kinder- und Jugendbeteiligung – trotz einer gewissen Intensivierung in den letzten Jahren – als weitgehend unbefriedigend einzustufen ist.¹⁹

¹⁸ Vgl. Fußnote 3, ebd.

¹⁹ Abgesehen von deskriptiven Erhebungen über Partizipationsangebote auf kommunaler Ebene und über die quantitative Verbreitung von Partizipationsaktivitäten von Kindern und Jugendlichen fehlt es insbesondere an tiefer gehenden empirischen Analysen zu den Bedingungsfaktoren von Partizipation, zu möglichen Wechselwirkungen von Partizipationserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen und Handlungsfeldern sowie zu den sozialisatorischen Wirkungen unterschiedlicher Partizipationsformen.

4.1 Partizipation in der alltäglichen Lebenswelt

Mitwirkung in der Familie

Im Vergleich der Bereiche Familie, Schule und Kommune zeigt eine Studie der Bertelsmann Stiftung²⁰, dass Kinder und Jugendliche in der Familie im Vergleich zu anderen Lebensbereichen am meisten mitbestimmen können; die Kinder sind mit den Möglichkeiten zur häuslichen Mitbestimmung insgesamt zufrieden²¹. Von allen strukturellen Einflussgrößen hat das Alter den stärksten Einfluss auf die Mitbestimmung in der Familie. Allerdings gibt es themenspezifische Unterschiede. In Bereichen, von denen die Eltern nicht unmittelbar berührt sind (zum Beispiel, wofür das Taschengeld ausgegeben wird, ob Freunde eingeladen werden dürfen etc.) ist das Maß an Mitbestimmung deutlich höher als in den Themenbereichen, von denen die Eltern direkt betroffen sind (zum Beispiel die Höhe des Taschengeldes, ob ein Haustier angeschafft werden soll etc.). Je älter die Kinder sind, desto mehr können sie in der Familie mitbestimmen. Zugleich kann gezeigt werden, dass Kinder und Jugendliche nicht in allen Familien in gleicher Intensität mitbestimmen können. Insbesondere junge Menschen aus kleineren Familien und aus Familien, in denen beide Elternteile Deutsche sind, sowie Kinder und Jugendliche mit einem höheren formalen Bildungsniveau können überdurchschnittlich viel mitbestimmen, während umgekehrt Kinder und Jugendliche, deren Eltern keine Deutschen sind, die viele Geschwister haben und ein geringes formales Bildungsniveau besitzen, über weniger Mitwirkungsmöglichkeiten in der Familie verfügen. Diese Ergebnisse stimmen mit den Befunden auf Basis des DJI-Kinderpanels weitgehend überein.²²

Mitwirkung in der Schule

Die zuweilen hohe Beteiligungsintensität, die Kinder und Jugendliche aus ihren Familien kennen, setzt sich in der Schule keineswegs in gleichem Ausmaß fort. Bereits in einer empirischen Regionalstudie im Land Sachsen-Anhalt ist nachgewiesen worden, dass die Beteiligung von Schüler/innen in der Schule je nach Themenbereich stark variiert und insgesamt nur ein gerin-

²⁰ Die bislang umfassendste Studie zur Partizipationssituation junger Menschen in Deutschland hat die Bertelsmann Stiftung im Jahr 2004 durchgeführt. In dieser Studie wurden, verteilt über alle Städtegrößen und Bundesländer, 42 Kommunen ausgewählt, in denen gut 12.000 Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren nach ihren Erfahrungen mit Partizipation in Familie, Schule, Freizeit und Kommune befragt wurden. Gleichzeitig wurden die Verwaltungen dieser Kommunen nach bestimmten Strukturdaten und Partizipationsangeboten untersucht. Hinzu kam eine Befragung von rund 630 Lehrkräften und 422 Schulleiter/innen derjenigen Schulen, aus denen die Schüler/innen befragt wurden. Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Kinder und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh

²¹ Drei Viertel der Befragten 12- bis 18-Jährigen gaben an, viel oder sehr viel zu Hause mitbestimmen zu können. Von den 18 vorgegeben Themen konnten die Kinder und Jugendlichen im Durchschnitt bei gut vier Fünfteln mitbestimmen (Fatke, Reinhardt / Schneider, Helmut (2007): Die Beteiligung junger Menschen in Familie, Schule und am Wohnort. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh, S. 59-84, S. 61 ff.).

²² Etwa zwei Drittel der Befragten 9- und 10-jährigen Kinder gaben an, dass die Mutter sie häufig oder sehr oft nach ihrer Meinung fragt, bevor sie Dinge entscheidet, die das Kind betreffen. Jedes vierte Kind (26%) wird manchmal gefragt und nur knapp 10% der Kinder geben an, selten oder nie nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Väter gewähren dagegen ihren Kindern nicht ganz so häufig Möglichkeiten der Mitsprache (vgl. Alt, Christian / Teubner, Markus / Winklhofer, Ursula (2005): Partizipation in Familie und Schule – Übungsfeld der Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 41, S. 24-31).

ges Niveau erreicht.²³ Obwohl die Schüler/innengremienarbeit in den Landesschulgesetzen verankert ist, sieht die überwiegende Mehrheit der Schüler/innen in diesem Instrument keine wirksame Form der Interessenvertretung. Auch die wahrgenommenen Partizipationsmöglichkeiten im Unterricht werden als sehr gering eingeschätzt. So gaben etwa 68% der Befragten an, den Unterricht so hinnehmen zu müssen, wie er ist, und gut zwei Drittel der Schülerschaft sahen ihren Unterricht als unbeeinflussbar an. Die Mehrheit der Schüler/innen erlebte sich also nicht als ernstzunehmende Partner bei der Planung, Gestaltung und Auswertung des Unterrichts. Bedenklich im Hinblick auf Demokratieerziehung erscheint insbesondere der Befund, dass die Einschätzung der Effektivität und der Bedeutung schulischer Gremien mit zunehmendem Alter zurückgeht. Im Laufe der Schüler/innenbiografie scheint sich die Enttäuschung über die Reichweite von Gremienaktivitäten in der Schule zu verfestigen. Schüler/innen halten die Gremienarbeit für eine Scheinpartizipation ohne wirkliches Mitbestimmungsrecht.

Diese negativen Befunde werden durch die Befunde der ersten World Vision Kinderstudie bestätigt: Mitwirkung von Kindern in der Grundschule findet oftmals nur unregelmäßig statt.²⁴ Auch in der Studie der Bertelsmann Stiftung gaben nur 15% der Kinder und Jugendlichen an, dass sie in der Schule viel oder sehr viel mitwirken können. Auch hier zeigt sich, dass die subjektiv wahrgenommenen Beteiligungsmöglichkeiten umso größer werden, je weiter die Beteiligungsthemen vom eigentlichen Unterrichtsgeschehen und von der Notengebung entfernt sind. Im Gegensatz zu den Gegebenheiten in der Familie nehmen die Zufriedenheit und der persönliche Gewinn aus schulbezogener Partizipation mit dem Alter nicht zu, sondern ab. Die Bedeutung struktureller Einflussgrößen (Geschlecht, Migrationshintergrund, Geschwisterzahl, Schulform) fällt in der Schule wesentlich geringer aus als in der Familie. Immerhin zeigen aber sowohl die Sachsen-Anhalt-Studie als auch die Bertelsmann-Studie, dass die Möglichkeit mitzuwirken und die Zufriedenheit mit den Mitwirkungsergebnissen sowohl bei älteren Jugendlichen als auch bei Berufsschüler/innen am kritischsten eingestuft werden. Weiterhin wurde nachgewiesen, dass schulische Partizipation von der Persönlichkeit (Selbstbild, soziale und kognitive Aufgeschlossenheit, etc.) sowie vom sozialen Status der Schüler/innen abhängt.²⁵

²³ Die überwiegende Mehrheit der Befragten gab an, sich an unterschiedlichen Aspekten der Gestaltung des Schullebens beteiligen zu können (Ausflüge, Schulveranstaltungen, Ausgestaltungen der Schule, Projekttage etc.), allerdings werden die Beteiligungschancen in den „harten Bereichen“ des schulischen Alltags, nämlich der Schülergremienarbeit und der Partizipation im Unterricht deutlich schlechter eingeschätzt. So besitzt lediglich bei gut einem Drittel der Befragten die Schülervertretung eine große Bedeutung. Zudem nehmen Effektivität und Bedeutung der Schülergremienarbeit mit zunehmendem Alter kontinuierlich ab (vgl. Schmidt, Ralf (2002): Schülerpartizipation im Schulleben und Unterricht. In: Krüger, Heinz-Hermann u. a. (Hrsg.): Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Band 18: Studien zur Schul- und Bildungsforschung. Opladen, S. 103-114).

²⁴ World Vision Deutschland (Hrsg.) (2007): Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie. Frankfurt / Main, S. 136

²⁵ Vgl. Weber, Christoph / Winklhofer, Ursula / Bacher, Johann (2008): Partizipation von Kindern in der Grund- und Sekundarschule. In: Alt, Christian (Hrsg.): Kinderleben – Individuelle Entwicklungen in sozialen Kontexten. Band 5: Persönlichkeitsstrukturen und ihre Folgen. Wiesbaden, S. 317-343; Quellenberg, Holger (2009): Partizipation von Kindern in Familie und Schule – Eine Reanalyse des DJI-Kinderpanels. In: Betz, Tanja / Gaiser, Wolfgang / Pluto, Liane (Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse und gesellschaftliche Herausforderungen. Schwalbach (im Druck)

Mitwirkung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Auch für die Hilfen zur Erziehung gilt, dass Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durchaus noch ausbaufähig ist.²⁶ So wird bspw. in einer 2007 veröffentlichten empirischen Studie²⁷ nachgewiesen, dass auf der programmatischen Ebene (z.B. in Einrichtungskonzepten oder in Verfahren der Hilfeplanung nach §36 KJHG) die Partizipation junger Menschen grundsätzlich befürwortet wird. Je konkreter jedoch alltäglich-pädagogische Situationen angesprochen sind, desto seltener wird Partizipation berücksichtigt.²⁸ Häufig besteht ein Spannungsfeld zwischen dem Partizipationskonzept einerseits und den Erwartungen der Adressat/innen und der vermittelnden Institutionen (Jugendamt, Schule etc.) (zügiges Krisenmanagement, rasche Problemlösungen, eine schnelle Verantwortungsübernahme aufgrund von Überforderungssituationen der Personensorgeberechtigten) andererseits. Wenn in der Studie partizipationsabwehrende Muster der Fachkräfte konstatiert werden, ist dies gleichermaßen nachvollziehbar wie pädagogisch problematisch.²⁹ Auch die Jugendlichen erleben ihre Beteiligungsmöglichkeiten und ihre Position in der Hilfeplansituation gegenüber Fachkräften als deutlich schwächer.³⁰ Seitens der Fachkräfte wird zudem bemängelt, dass dem bestehenden Fortbildungsbedarf von Jugendämtern und Einrichtungen in Fragen der Partizipation keine große Bedeutung beigemessen werde und konkrete Handreichungen zur Konkretisierung und zur Umsetzung fachlicher Standards bislang kaum vorlägen.³¹

Isolierte Beteiligungsinseln in Form von formalisierten Partizipationsgremien (Heimbeirat etc.) werden von Kindern und Jugendlichen als wenig bedeutsam und effektiv erfahren.³² Dies gilt vor allem dann, wenn der sonstige Alltag in der Institution durch fehlende Partizipationsmöglichkeiten und autoritäre Verhaltensweisen geprägt ist und die Kinder und Jugendlichen den Eindruck gewinnen, dass ihnen nicht mit Respekt begegnet wird. Dies gilt für Kindertageseinrichtungen ebenso wie für Schulen oder stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Mitwirkung am Wohnort

Seit den 1990er-Jahren ist insbesondere auf kommunaler Ebene ein breites Spektrum an Partizipationsmodellen und -verfahren erprobt worden. Die bislang einzige bundesweite Erhebung aus dem Jahre 1998³³ belegt, dass vor allem in den größeren Städten eine ganze Reihe von

²⁶ Vgl. Wolff, Mechthild / Hartig, Sabine (2006): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung. Empfehlungen des Projektes „Beteiligung – Qualitätsstandard für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung“. Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e. V. (Hrsg.). München; Abeling, Melanie u. a. (2003): Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Band 2: Kinder- und Jugendhilfe im Reformprozess. München, S. 225-308; Kriener, Martina (2005): Erziehung braucht eine Kultur der Partizipation. Ein Modellprojekt zur Sicherung von Partizipation in Einrichtungen der Erziehungshilfe. In: Dialog Erziehungshilfe, Heft 3, S. 19-28.

²⁷ Pluto, Liane (2007): Partizipation in den Hilfen zu Erziehung. Eine empirische Studie. München

²⁸ Vgl. Fußnote 27, ebd., S. 12

²⁹ Als Abwehrmuster wurden die folgenden herausgestellt: „Partizipation hat ihre Grenzen“, „Bedrohung der eigenen Fachlichkeit“ und „Beteiligung ist zum Scheitern verurteilt“ (vgl. Fußnote 27, ebd., S. 79 ff.).

³⁰ Vgl. Fußnote 27, ebd., 168 ff.

³¹ Vgl. Fußnote 27, ebd., S. 272

³² Vgl. Fußnote 27, ebd., S. 203 ff.

³³ Bruner, Claudia F. / Winkhofer, Ursula / Zinser, Claudia (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. BMFSFJ (Hrsg.). München

Partizipationsangeboten entwickelt worden sind: Etwa zwei Drittel der Großstädte und die Hälfte der Mittelstädte boten damals eine oder mehrere Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche an. Diese Entwicklung hat sich fortgesetzt; knapp 80% der größeren Kommunen eröffnen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, wobei die quantitative Verteilung zwischen den einzelnen Formen etwa gleich geblieben ist.³⁴

Im Vergleich zu diesen imposant anmutenden Partizipationsmöglichkeiten beteiligt sich jedoch faktisch nur ein kleiner Anteil der Kinder und Jugendlichen an solchen Angeboten. Folgt man der Bertelsmann-Studie, so haben im Jahre 2004 lediglich 14% der Kinder und Jugendlichen in der Kommune häufig bei entsprechenden Partizipationsangeboten mitgewirkt, während 60% angaben, nie oder selten am Wohnort mitgewirkt zu haben. Jede/r Vierte (26%) wirkt manchmal am Wohnort mit. Am größten ist die Beteiligung bei infrastrukturellen (Sport- und Freizeitanlagen, Jugend- und Freizeittreff) und sozialen Themen (Vermeidung von Gewalt, Hilfen für Menschen in Not). Allerdings haben sich auch bei solchen Themen rund 50% der Befragten noch nie beteiligt. Die am häufigsten genannten Motive für eine Beteiligung in der Kommune sind das Interesse am Thema und der Wunsch etwas zu verändern.

Damit ist es um die Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen am Wohnort im Vergleich zu den Bereichen Familie und Schule am schlechtesten bestellt. Das quantitative Ausmaß der Beteiligung ist dort am geringsten und die Anzahl der Formen und Themen, an denen sich Kinder und Jugendliche beteiligen, ist ebenfalls gering. Die Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene werden relativ wenig genutzt. Als Gründe führen die jungen Menschen an, sie hätten kein Interesse am Thema und ihnen fehle das Vertrauen in die Politiker/innen. Zudem sieht sich über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen über die Möglichkeiten der Mitwirkung an ihrem Wohnort nur unzureichend informiert. Ferner scheinen die Mitarbeiter/innen in den zuständigen Verwaltungen und Dienststellen nicht ausreichend auf Aufgaben der Partizipationsförderung vorbereitet. Von großer Bedeutung sind die Erfahrungen, die die Kinder und Jugendlichen in realen Prozessen der Mitwirkung gemacht haben. Sind die jungen Menschen mit den Ergebnissen ihrer Partizipationsaktivitäten zufrieden und erkennen sie einen persönlichen Gewinn, sind sie auch im höheren Maße bereit, sich an weiteren Partizipationsaktivitäten zu beteiligen. Zudem scheinen die einzelnen Beteiligungsformen und -verfahren nicht für alle Kinder und Jugendliche in gleicher Weise attraktiv zu sein. So erreichen parlamentarische Interessenvertretungsorgane (Jugendgemeinderäte, Kinder- und Jugendparlamente) in der Regel die privilegierten und artikulationsstarken Gruppen von Kindern und Jugendlichen.³⁵ Auch hat die soziodemografische Zusammensetzung der gewählten Mitglieder in diesen Gremien einen Ein-

³⁴ Ca. zwei Drittel der Kommunen bieten projektorientierte Formen (1998: 70%, 2004: 66%) an, während repräsentative Formen zugelegt haben (1998: 20%, 2004: 25%). Offene Formen wurden 1998 in gut einem Drittel der Kommunen (35%) angeboten. Nach den Befunden der Bertelsmann Stiftung (vgl. Fußnote 20, ebd.) boten im Jahre 2004 23% der Städte ein Forum für Kinder und Jugendliche, weitere 12% „runde Tische“ und 6% Stadtteilräte, so dass insgesamt ca. 38% der Kommunen von offenen Beteiligungsangeboten berichteten.

³⁵ Vgl. Hermann, Michael C. (1996): Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. Eine interdisziplinäre Evaluation. Pfaffenweiler; Hermann, Michael C. (1998): Zur Organisation und Bewährung von Jugendparlamenten. Bamberg

fluss auf die Akzeptanz ihrer Arbeit bei den Kindern und Jugendlichen, die sie repräsentieren sollen. Überwiegt eine bestimmte Altersgruppe bzw. ein Geschlecht, dann fühlen sich vor allem Kinder und Jugendliche mit den gleichen soziodemografischen Merkmalen durch dieses Gremium vertreten.³⁶

Erklärungszusammenhänge

Mit Hilfe der Bertelsmann-Studie konnten zentrale Einflussfaktoren auf das Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen herausgearbeitet werden.³⁷ Es ließen sich sieben Faktoren identifizieren, die einen überdurchschnittlich großen Beitrag zur Erklärung der Mitwirkung am Wohnort leisten. Zu diesen Einflussfaktoren gehören:

- Partizipationszufriedenheit am Wohnort
- Subjektives Qualifikationsempfinden im Hinblick auf Mitwirkung
- Partizipationsintensität in der Schule
- Motivation etwas zu verändern
- Informationsstand bezüglich der Möglichkeiten zur Mitwirkung am Wohnort
- Vereinsmitgliedschaft – insbesondere im Bereich des Sports
- Partizipationsinteressierter Freundeskreis

Es liegt auf der Hand, dass diese Einflussfaktoren nicht lediglich Unterschiede zwischen Personen markieren, sondern auch auf gesellschaftliche Determinanten verweisen. In Übereinstimmung mit Ergebnissen aus der Forschung zum freiwilligen bzw. bürgerschaftlichen Engagement³⁸ kann vermutet werden, dass in erster Linie die Ausstattung der Individuen mit bestimmten Ressourcen eine Beteiligung an Partizipationsmodellen eröffnet. Hierbei spielt neben materiellen Ressourcen (Einkommen, Ausstattung mit bestimmten Gütern) vor allem das soziale und kulturelle Kapital eine zentrale Rolle.³⁹ Während insbesondere Einflussfaktoren wie partizipationsinteressierter Freundeskreis sowie Mitwirkung in (Sport-)Vereinen auf die Einbindung in soziale Beziehungsnetze (Verfügung über soziales Kapital) verweisen, stehen Faktoren wie subjektives Qualifikationsempfinden, der ausgeprägte Wunsch, selbst etwas zu verändern, sowie der Informationsgrad über vorhandene Mitwirkungsmöglichkeiten in Wechselbeziehung mit dem formalen Bildungsniveau. Diesen Zusammenhängen muss allerdings durch weitere Untersuchungen genauer nachgegangen werden.

³⁶ Vgl. Burdewick, Ingrid (2000): Politische Partizipation von Mädchen und Jungen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum Thema Jugendparlament. In: Neue Praxis, Heft 3, S. 271-279

³⁷ Von insgesamt 16 einbezogenen Einflussfaktoren leisteten 14 einen statistisch gesicherten Beitrag zur Erklärung der Mitwirkung am Wohnort. Mit diesen 14 Einflussfaktoren konnten 50% der Varianz der Partizipationsintensität erklärt werden (vgl. Fatke, Reinhard / Schneider, Helmut (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh, S. 33 ff.).

³⁸ Gensicke, Thomas / Geiss, Sabine (2006): Bürgerschaftliches Engagement: Das politisch-soziale Beteiligungsmodell der Zukunft? Analysen auf Basis der Freiwilligensurveys 1999 und 2004. In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen, S. 308-328

³⁹ Vgl. Kutscher, Nadia (2007): Beteiligung von Jugendlichen zwischen Interessen, Erwartungen und Lebensalltag. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh, S. 187-203

Darüber hinaus liegen erste Ergebnisse zu Zusammenhängen zwischen Partizipationserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen vor. So weisen etwa Alt u. a.⁴⁰ auf der Grundlage des DJI-Kinderpanels nach, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen den Partizipationsmöglichkeiten in Familie und Schule gibt. Kinder, die in der Familie mitbestimmen können, nehmen auch im schulischen Bereich Möglichkeiten der Partizipation stärker wahr. Kinder, die in der Familie kaum Mitgestaltungsmöglichkeiten vorfinden, berichten auch über stark unterdurchschnittliche Beteiligungsaktivitäten im schulischen Bereich. Die Folgerung liegt daher nahe, dass im geschützten Bereich der Familie erprobte und trainierte Möglichkeiten des Gestaltens bzw. der Mitbestimmung auch das beteiligungsorientierte Handeln im schulischen Kontext positiv beeinflussen. Kinder, die in der Familie Erfahrungen mit Beteiligung machen konnten, sind offensichtlich besser in der Lage, Partizipationschancen in der Schule wahrzunehmen und aktiv aufzugreifen. Ob allerdings ein solcher positiver Zusammenhang zwischen Partizipationserfahrungen in der Schule und der Partizipation im politischen Bereich besteht, ist beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht sicher festzustellen. Während Westphal u. a.⁴¹ einen solchen Zusammenhang auf der Basis der Daten der EUYOUNGART-Studie für Deutschland belegen, kommt Böhm-Kasper⁴² auf der Basis eines Jugend-Surveys mit rund 4.700 Schüler/innen im Alter von 13-16 Jahren aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt zu einer vorsichtigeren Einschätzung: Bei einer insgesamt geringen Beteiligungsintensität in der Schule stellt er fest, dass die Partizipationserfahrungen in der Schule nur einen schwachen Einfluss auf das politische Interesse und das Verhalten der Schüler/innen ausübt, während der Einfluss der Familie und der Gleichaltrigengruppe deutlich stärker ausfällt. Hieraus folgt, dass die oft festgestellte Abhängigkeit politisch relevanter Einstellungen und Verhaltensformen vom formalen Bildungsniveau nicht auf unterschiedliche schulische Entwicklungsmilieus zurückgeführt werden kann, sondern dass vielmehr primäre Ungleichheiten in der politischen Sozialisation in Familie und Freundeskreis hierfür verantwortlich zu machen sind. Damit kann die Schule jedoch keineswegs aus ihrer Verantwortung für die Beförderung politischer Sozialisationsprozesse entlassen werden. Vielmehr ist anzunehmen, dass die mitunter schwachen Effekte schulischer Einflüsse auf die politische Partizipation Jugendlicher mit dem geringen Niveau schulischer Partizipationschancen zusammenhängen. Die Schule kann also das Bildungspotential im Hinblick auf soziale und politische Partizipation nur dann erhöhen, wenn sie den Schüler/innen nachhaltige Erfahrungen der Partizipation und des demokratischen Umgangs miteinander ermöglicht.

⁴⁰ Vgl. Fußnote 22, ebd.

⁴¹ Westphal, Sabine / Waechter, Natalia / Ptaszynska, Aleksandra (2008): Learning for participation: family, peers, school, work and voluntary organisations. In: Spannring, Reingard / Ogris, Günther / Gaiser, Wolfgang (Hrsg.): Youth and political participation in Europe. Results of the comparative study EUYOUNGART. Opladen, S. 87-104

⁴² Böhm-Kasper, Oliver (2006): Schulische und politische Partizipation von Jugendlichen. Welchen Einfluss haben Schule, Familie und Gleichaltrige auf die politische Teilhabe Heranwachsender? In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 3, S. 353-368

4.2 Resümee zum Stand der Kinder- und Jugendpartizipation

Aus den empirischen Befunden zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen lassen sich folgende Hauptergebnisse ableiten:

- Das quantitative Ausmaß und die subjektive Zufriedenheit mit Partizipationsmöglichkeiten sind ausgerechnet in dem Bereich am größten, der durch politische Maßnahmen und Angebote am wenigsten beeinflusst werden kann: in der Familie. In allen übrigen Handlungsfeldern und Institutionen, für die empirische Daten vorliegen, lassen sich ein relativ geringes Partizipationsniveau und eine hiermit verbundene geringe subjektive Zufriedenheit mit der Relevanz und den Effekten dieser Partizipationsangebote feststellen. Kinder und Jugendliche können sich in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld jenseits der Familie, also vor allem in Schule und Kommune, nur in äußerst geringem Maße beteiligen, bzw. die angebotenen formalisierten Verfahren werden als wenig bedeutsam, weil wenig wirkungsvoll (z. B. die Arbeit in den Schüler/innengremien etc.) bewertet.⁴³
- Diesen relativ geringen und wenig wirkungsvollen Partizipationsmöglichkeiten stehen grundsätzlich hohe Bereitschaften und Motivationen zur Mitwirkung gegenüber. Die meisten Kinder- und Jugendstudien lassen eine relativ hohe Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen erkennen, sich in ihrem Umfeld zu beteiligen.⁴⁴
- Darüber hinaus ist der Informationsgrad hinsichtlich der Partizipationsangebote unzureichend. Viele Kinder und Jugendliche kennen die Partizipationschancen und -modelle (z. B. das örtliche Kinder- und Jugendparlament) nicht und können schon aus diesem Grund daran nicht teilnehmen.
- Im Hinblick auf das Partizipationsverhalten finden sich die üblichen sozialstrukturellen Bedingungsfaktoren. Kinder und Jugendliche, deren Eltern einen hohen formalen Bildungsgrad aufweisen, die bereits in ihrer Familie in hohem Maße mitbestimmen konnten, die einen partizipationsinteressierten Freundeskreis haben und sich in Vereinen und Verbänden organisieren, sind in höherem Maße an Partizipationsprojekten und -verfahren beteiligt als Kinder und Jugendliche, auf die diese Merkmale nicht zutreffen.
- Sowohl die Informiertheit als auch das Ausmaß der Partizipation sinken, je weiter das entsprechende Partizipationsangebot vom unmittelbaren Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen entfernt ist. Zugleich erreichen Partizipationsangebote, die jenseits der unmittelbaren Lebensvollzüge von Kindern und Jugendlichen angesiedelt sind, nur spezifische Gruppen von Kindern und Jugendlichen, da sie ein höheres Maß an Eigeninitiative, Motivation und Informiertheit voraussetzen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Partizipationsangebote Kinder und Jugendliche unterschiedlicher sozialer Herkunft erreichen, erhöht sich also in dem Maße, in

⁴³ Für den Kindergarten werden hier keine Einschätzungen vorgenommen, da für diesen Bereich keine empirischen Studien zum Ausmaß der Partizipation bzw. zur subjektiven Zufriedenheit mit den Partizipationsmöglichkeiten vorliegen.

⁴⁴ Vgl. Behnken, Imbke u. a. (2004): Lernen, Bildung, Partizipation. Die Perspektive der Kinder und Jugendlichen. Expertise zum 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW. Düsseldorf

dem diese niedrigschwellig ausgestaltet sind und im unmittelbaren Nahbereich und den Regelinstitutionen für Kinder und Jugendliche angesiedelt sind.

- Mögliche Transfereffekte von Partizipationserfahrungen in der Biografie, also Einflüsse von Partizipationserfahrungen und Zufriedenheiten in Familie, Kindertageseinrichtungen, Schule und Kommune auf das politische Interesse und Verhalten in späteren Lebensphasen sind zu vermuten, aber bislang kaum empirisch nachgewiesen. Da die überwiegende Mehrzahl der Untersuchungen auf Querschnittsdaten beruhen, können längsschnittliche Zusammenhänge nicht ausreichend geklärt werden. Auf der Grundlage retrospektiver Untersuchungen ist allerdings davon auszugehen, dass intensive und positive Partizipationserfahrungen in früheren Phasen des Lebens auch zu einer höheren politischen Beteiligungsbereitschaft in späteren Lebensphasen beitragen.⁴⁵

Richtet man den Blick auf die Angebotsseite der Partizipation, lässt sich folgendes Resümee ziehen: Der Stand der Entwicklung ist gekennzeichnet durch „Beteiligungsinseln“ und „gute Praxisbeispiele“, die sich mit ihren positiven Merkmalen und partiellen Erfolgen umso schärfer von der „grauen Wirklichkeit“ des Partizipationsgeschehens abheben. Die Mehrzahl der Ansätze und Verfahren zur Partizipation hat den Status von zeitlich begrenzten Projekten; es fehlt an struktureller Nachhaltigkeit und Vernetzung mit anderen Institutionen im kommunalen bzw. überörtlichen Raum. Es handelt sich in der Regel um zusätzliche Projekte und Angebote, die die Strukturen, Leitbilder und Handlungsroutinen in den Regelinstitutionen für Kinder und Jugendliche (Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe etc.) kaum berühren. Ihr Fortbestand hängt viel zu sehr vom Engagement und vom Wohlwollen einzelner Erwachsener ab. Ferner ist es bislang kaum gelungen, benachteiligte bzw. beteiligungsferne Gruppen von Kindern und Jugendlichen zu erreichen.⁴⁶ Stattdessen bevorzugen insbesondere an parlamentari-schen Beteiligungsformen orientierte Modelle strukturell ohnehin beteiligungsoffene Gruppen von Kindern und Jugendlichen.

5. Handlungsempfehlungen

5.1 Das Hauptziel: Worum es bei einer Politik zur Erweiterung der Partizipationschancen von Kindern und Jugendlichen geht.

Angesichts der skizzierten Diskrepanz zwischen den Interessen von Kindern und Jugendlichen, sich an den sie betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen einerseits und den unzureichenden Beteiligungschancen andererseits, angesichts der hohen Bedeutung von Partizipation für die Integration von Kindern und Jugendlichen in die demokratische Gesellschaft und der

⁴⁵ Vgl. Youniss, James / Hart, Dan (2006): The Virtue in Youth Civic Participation. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 2, S. 229-243; vgl. Düx, Wiebken / Prein, Gerald / Sass, Erich / Tully, Claus J. (2008): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. Wiesbaden

⁴⁶ Vgl. Praxisbericht der Modellkommune Essen / Nordrhein-Westfalen des Projekts „mitWirkung!“ der Bertelsmann Stiftung, der zur Anhörung des BJK zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene im September 2008 diskutiert wurde.

positiven Effekte, die echte Beteiligungschancen für die Herausbildung von demokratischen Handlungskompetenzen aufweisen, schlägt das BJK grundsätzlich vor, sich bei der Weiterentwicklung von Partizipationschancen für Kinder und Jugendliche an folgenden übergreifenden Hauptzielen zu orientieren:

- Ziel aller Anstrengungen und Maßnahmen zur Erweiterung der Partizipationschancen von Kindern und Jugendlichen muss es sein, Kinder- und Jugendbeteiligung von Anfang an in allen Lebensbereichen und Handlungsfeldern als strukturellen Bestandteil der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen zu etablieren. Partizipation ist kein beliebiges Element in der Politik für Kinder und Jugendliche neben vielen anderen, sondern ein konstitutiver Bestandteil der demokratischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland.
- Vor dem Hintergrund der Vielzahl von Modellprojekten und Good-Practice-Beispielen sieht das BJK die entscheidende Herausforderung für die Zukunft vor allem darin, das übergreifende Ziel der Verankerung von Partizipation in den Strukturen für Kinder und Jugendliche über modellhafte Erprobungen hinaus in der Fläche zu realisieren. Hierzu bedarf es einer abgestimmten Gesamtstrategie zwischen Einrichtungen und Diensten, Kommunen, Ländern, Bund und EU. Das BJK fordert daher die genannten Akteure dazu auf, gemeinsam eine übergreifende Partizipationsstrategie zu vereinbaren und einen Zeitplan für die Umsetzung von Teilzielen festzulegen. Ohne ein solches abgestimmtes strategisches Verfahren wird es keinen nachhaltigen und flächendeckenden Fortschritt im Hinblick auf die Partizipationsinfrastruktur für Kinder und Jugendliche geben.
- Ein zentrales Kriterium für die Qualität von Partizipation besteht darin, benachteiligte Kinder und Jugendliche in Beteiligungsprozesse einzubeziehen und ihnen die Chance zur tatsächlichen Partizipation zu eröffnen. Denn für diese Kinder und Jugendlichen ist die Erfahrung der Selbstwirksamkeit besonders wichtig und ihre Identifikation mit einem demokratischen Gemeinwesen von besonderer Bedeutung.

5.2 Empfehlungen für die alltägliche Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen

Partizipation in Kindertageseinrichtungen, Schulen sowie weiteren Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe

Institutionen wie Kindertageseinrichtungen und Schulen, aber auch weitere Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, prägen und gestalten wesentliche Teile des alltäglichen Lebens von jungen Menschen. Wenn möglichst alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von sozialer Herkunft, Ethnie, Geschlecht, Region und Alter – nachhaltige Erfahrungen mit Partizipation machen können sollen, dann muss Partizipation als struktureller Bestandteil in diesen Institutionen verankert werden. Auf der Grundlage der Erfahrungen von Modellprojekten, wie „Die Kin-

derstufe der Demokratie⁴⁷, dem BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“⁴⁸ sowie aus dem Bereich der Heimerziehung lassen sich die folgenden Empfehlungen für eine Verankerung von Partizipation als Qualitätsstandard formulieren:

- Um Partizipation zu einem strukturellen Element in pädagogischen Einrichtungen zu entwickeln, muss diese als Bestandteil der gesamten Organisationsgestaltung betrachtet werden. Es geht sowohl um die Entwicklung einer partizipativen Organisationskultur als auch um die Etablierung strukturell verankerter Partizipationsverfahren und -gremien.
- Nicht nur formale Partizipationsgremien und formale Abläufe sind bedeutsam für die Verankerung von Partizipation. Gleichermäßen maßgeblich für die eingeräumten Partizipationschancen ist das Erziehungs- bzw. Bildungskonzept einer Einrichtung.⁴⁹ Dabei wird die Kultur einer Einrichtung durch ihr (nicht nur proklamiertes, sondern auch gelebtes) Leitbild, ihr pädagogisches Konzept sowie durch die bei den pädagogischen Mitarbeiter/innen vorherrschenden Haltungen, Normen und Werte getragen. Partizipation als strukturelles Element muss im pädagogischen Konzept und im Programm einer pädagogischen Einrichtung aufgenommen sowie durch entsprechende partizipationsbezogene Haltungen und Handlungsorientierungen im Team gestärkt werden.
- Gestützt werden diese Einstellungen, Normen und Haltungen durch eine formale Struktur der Einrichtung, bei der Partizipation ein wesentlicher Bestandteil der Aufbau-, Aufgaben- und Ablauforganisation ist. Was dies im Einzelnen bedeutet, kann in den jeweiligen Einrichtungen unterschiedlich sein. Aber überall muss in transparenter Weise geklärt werden, über welche Themenbereiche Kinder und Jugendliche mitbestimmen können und über welche nicht. Nur wenn Partizipation auf diese Weise strukturell verankert ist, können Kinder und Jugendliche ihre Mitentscheidungsrechte unabhängig von der Befindlichkeit und dem Wohlwollen der Erwachsenen wahrnehmen. Es ist empfehlenswert, diese Themenbereiche gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen auszuhandeln. In jedem Fall müssen sie über die Ergebnisse informiert werden, um die Partizipationsmöglichkeiten in einer Einrichtung so transparent wie möglich zu machen. Erst auf der Grundlage einer partizipationsorientierten Organisationskultur und einer partizipationsorientierten pädagogischen Haltung der Mitarbeiter/innen können formalisierte Beteiligungsgremien (wie Delegierte aus einer Kindergruppe, Schülersprecher, Heimbeirat etc.) echte Partizipationschancen eröffnen. Wichtig ist, dass neben der Arbeit der formalisierten Mitentscheidungs-gremien weitere partizipationsorientierte Projekte und Aktionen im Alltag der Einrichtung realisiert werden.

⁴⁷ Vgl. Fußnote 16, Knauer (2008)

⁴⁸ Vgl. Brocke, Hartmut (2008): Partizipation von benachteiligten Jugendlichen. Benachteiligung ist keine Partizipationshürde – wie entsteht eine neue Beteiligungskultur? Vortragsmanuskript einer Anhörung des BJK zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen im September 2008. Berlin / München; weitere Informationen zum BLK-Programm gibt es unter: www.blk-demokratie.de

⁴⁹ Arnoldt / Steiner belegen dies für die Ganztagschulen (Arnoldt, Bettina / Steiner, Christine (2009): Partizipation an Ganztagschulen. In: Betz, Tanja / Gaiser, Wolfgang / Pluto, Liane (Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse und gesellschaftliche Herausforderungen. Schwalbach (im Druck)).

- Als ein wesentliches Element einer partizipationsorientierten Organisationsentwicklung erweist sich die Öffnung der jeweiligen Einrichtung gegenüber dem Gemeinwesen.⁵⁰ Wenn diese Öffnung der Einrichtung nicht nur die Kooperationschancen der Hauptamtlichen (Erzieher/innen, Lehrkräfte etc.) erweitert, sondern auch die jeweiligen Adressat/innen (Kinder, Schüler/innen, junge Menschen in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe) einbezieht, dann entstehen weitergehende wertvolle Partizipationserfahrungen. In gemeinwesenorientierten Projekten mit Ernstcharakter sind Kinder und Jugendliche aufgefordert, sich an realen Problemlösungen im Stadtteil zu beteiligen. Kinder und Jugendliche müssen ihre eigenen Anliegen und Bedürfnisse artikulieren, überschneidende Interessenlagen in Auseinandersetzungsprozessen herausfinden und gemeinsame Kooperationsprojekte verabreden. Die Öffnung gegenüber dem Gemeinwesen erweitert also den partizipationsbezogenen Erfahrungsraum und überwindet die Isolation der einzelnen pädagogischen Einrichtungen. Insbesondere Schulen mit ganztägigen Angeboten bieten hier mehr Raum und Zeit für solche Kooperationsprojekte und reale Partizipationserfahrungen, die konsequent genutzt werden sollten.
- Im Rahmen von partizipationsbezogenen Organisationsentwicklungsprozessen müssen pädagogische Mitarbeiter/innen zwar Macht mit den Kindern und Jugendlichen teilen, sie werden deshalb aber noch lange nicht ohnmächtig. Machtunterschiede zwischen Kinder und Jugendlichen und professionellen Pädagog/innen (Erwachsenen) sind nicht nur unvermeidbar, sondern auch erforderlich. Dies bedeutet, dass die professionellen Pädagog/innen ihre Machtmittel und ihren Wissens- und Erfahrungsvorsprung konsequent im Interesse von Kindern und Jugendlichen einsetzen.
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen kann nur in solchen pädagogischen Einrichtungen gestärkt werden, die selbst über Entscheidungsbefugnisse verfügen und insofern sowohl der Einrichtungsleitung als auch den pädagogischen Mitarbeiter/innen Partizipationschancen ermöglichen. Zugleich sind Kindertageseinrichtungen, Schulen und stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe keine autonomen Gebilde, sondern selbst wiederum in Entscheidungshierarchien eingebunden (Trägerabhängigkeit, Schulaufsicht der Kultusministerien der Länder, etc.). Der Spielraum für das Einräumen von Partizipationsrechten erhöht sich mit dem Grad der Autonomie der einzelnen pädagogischen Einrichtung und dem Grad der Partizipation von Mitarbeitern.
- Als ein wesentliches Element einer partizipationsorientierten Organisationsentwicklung in pädagogischen Einrichtungen hat sich die Herausbildung einer partizipationsorientierten

⁵⁰ Sowohl in dem Modellprojekt „Die Kinderstube der Demokratie“ als auch im BLK-Programm „Demokratie leben und lernen“ haben Projekte und Aktionen, bei denen die Kinder bzw. Schüler/innen Verantwortung für Angelegenheiten der Gemeinde übernommen haben, sich als besonders partizipationsfördernd erwiesen. So konnten etwa die Kinder einer der beteiligten Einrichtungen im Modellprojekt „Kinderstube der Demokratie“ anhand eines konkreten Problems (defekte Spielgeräte auf einem Spielplatz) lernen, wer vor Ort für dieses Problem zuständig ist (die Bürgermeister/in) und konnten diese Erfahrung auch in der Folgezeit für sich nutzbar machen. Im BLK-Programm „Demokratie und Lernen“ erwies sich vor allem die Übernahme von Verantwortung von Schüler/innen im Gemeinwesen (Service-Learning) als ein zentraler Lern- und Erfahrungsbereich für Partizipation. Indem die Schüler/innen Verantwortung für ein konkretes Problem im Gemeinwesen übernahmen, lernten sie in Ernstsituationen Lösungsstrategien zu entwickeln und zugleich ihre Erfahrungen im Unterricht zu reflektieren.

Grundhaltung erwiesen. Dabei wird der Umgang mit Kindern und Jugendlichen in hohem Maße durch biografisch erworbene Bilder hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Position geprägt. Junge Menschen müssen von Beginn an als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft, als Subjekte mit prinzipieller Handlungsbefähigung sowie eigenständigen Sichtweisen und Bedürfnissen anerkannt werden. Auf dieser Grundlage kann Bildung als aktive Auseinandersetzung mit sich und der Welt sowie als Prozess des Selbst-Lernens, der selbstgesteuerten Auseinandersetzung mit der Umwelt verstanden werden. Bildung setzt daher Partizipation voraus ebenso, wie Partizipation Bildung befördert. Auf der Grundlage eines solchen subjektorientierten Bildungsverständnisses begegnen Pädagog/innen Kindern und Jugendlichen mit Respekt, entwickeln ihnen gegenüber eine Grundhaltung der Anerkennung und Wertschätzung und berücksichtigen die von ihnen geäußerten Interessen und Bedürfnisse in ihrer pädagogische Arbeit.

Empfehlungen für die kommunale Ebene

Wie bereits in Kapitel 4 erläutert, sind die Beteiligungsangebote äußerst lückenhaft, zeitlich befristet und strukturell nicht nachhaltig. Das BJK empfiehlt den Kommunen und Gemeinden, Partizipation für Kinder und Jugendliche möglichst umfassend in den kommunalen Strukturen und Institutionen zu verankern und die erfolgversprechenden Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen. Die Förderung von Partizipation muss als eine bewusst geplante Strategie entwickelt werden.

Bausteine einer solchen Strategie⁵¹ sind u. a.:

- Zusicherung der politischen Unterstützung einer kommunalen Partizipationsstrategie durch die politisch verantwortliche Spitze (Bürgermeister/in, Oberbürgermeister/in, etc.) und Absicherung durch Ratsbeschluss
- Entwicklung einer strategischen Konzeption und Planung zentraler Maßnahmen
- Verankerung von Partizipation als Querschnittsaufgabe
- Entwicklung von Netzwerken öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure
- Entwicklung einer Vielfalt von Beteiligungsformen
- Bereitstellung von Fort- und Weiterbildungsangeboten sowohl für Erwachsene und Fachkräfte als auch für Kinder und Jugendliche⁵²
- Herstellung von Transparenz über Beteiligungsangebote und die Sicherstellung des Erfahrungsaustausches
- gezielte Ansprache benachteiligter junger Menschen durch niedrigschwellige und begleitende Partizipationsangebote

⁵¹ Vgl. Fußnote 11, ebd.

⁵² In dieser Hinsicht hat sich insbesondere die Ausbildung von Prozessmoderatoren als äußerst wirksam erwiesen. Sie wirken weit in das kommunale Umfeld und in die pädagogischen Institutionen hinein und können einen wichtigen Beitrag für die Nachhaltigkeit der Beteiligungsstrategie leisten (vgl. Fußnote 46, ebd. sowie Fußnote 16, Knauer (2008)).

- Einbezug von Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen in die Entwicklung kommunaler Partizipationsprojekte
- Qualifizierung und Begleitung lokaler Akteure
- Evaluation der Wirksamkeit von Maßnahmen und Projekten der Partizipation

5.3 Empfehlungen für die Länder-, Bundes- und EU-Ebene

Empfehlungen für die Länderebene

Da die Entwicklungen der Kinder- und Jugendbeteiligung bislang höchst unterschiedlich und uneinheitlich verlaufen sind und die Entstehung und Aufrechterhaltung von Partizipationsmodellen und -verfahren direkt vom Engagement und Wohlwollen beteiligter Entscheidungsträger/innen in Einrichtungen sowie kommunaler Politik und Verwaltung abhängen, kommt der Länderebene bei der Weiterentwicklung eine wesentliche Bedeutung zu (vgl. Kap. 4.2). Die Länder können einen wichtigen Beitrag zur Verstetigung und flächendeckenden Umsetzung von Angeboten und Verfahren der Kinder- und Jugendbeteiligung leisten.

Das BJK fordert deshalb die zuständigen Ministerien auf Länderebene auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Kinder- und Jugendbeteiligung in ihrem jeweiligen regionalen Zuständigkeitsbereich nachhaltig, flächendeckend und wirkungsvoll weiterzuentwickeln. Hierzu gehören insbesondere folgende Einzelmaßnahmen:

- Für den frühkindlichen Bereich sind die Bundesländer aufgefordert, Beteiligung als ein strukturelles Element in allen Bildungs- und Erziehungsplänen zu verankern. Die Bundesländer sollten Verfahren und Instrumente entwickeln und einsetzen, mit deren Hilfe die Regelungen zu den Erziehungs- und Bildungsplänen umfassend in der Praxis der Einrichtungen realisiert werden. Das BJK schlägt vor, entsprechende Instrumente – wie etwa regelmäßige Berichterstattung über die Umsetzung der Bildungspläne, Wettbewerbe, Auszeichnung von „Best-Practice-Modellen“ etc. – zu entwickeln und zu erproben. Ein wirksames Instrument könnte darin bestehen, Beteiligung von Kindern als ein Qualitätskriterium in die Förderrichtlinien zu integrieren, so dass über diesen Weg partizipationsorientierte pädagogische Konzepte und Einrichtungsleitbilder verbindlich gemacht werden können. Allerdings sind nicht nur „Best-Practice-Modelle“ für die Praxis interessant, sondern insbesondere auch das Aufzeigen der Stolpersteine, damit gemachte Fehler nicht wiederholt werden.
- Für den Bereich der Schulen ermutigt das BJK die Länder, Partizipation und die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur als Bildungsziel in den Kanon der nationalen Bildungsstandards und der Curricula für die einzelnen Schulformen aufzunehmen. Darüber hinaus sollten die Länder prüfen, ob sie – ähnlich wie in dem Modellprojekt „TOP SE“⁵³ in Baden-

⁵³ TOP SE steht für „Themenorientiertes Projekt Soziales Engagement“ Realschule Baden-Württemberg.

Württemberg – Formen des Service-Learning in den Curricula verbindlich machen können. Programme der Schulentwicklung, bei denen Partizipation und demokratische Schulkultur im Mittelpunkt stehen, sollten bevorzugt durch die Landeskultusministerien gefördert werden. Dabei können sich die Kultusministerien den Gedanken zu Nutze machen, dass Partizipation eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche (Selbst-)Bildungsprozesse ist. Die Umsetzung des Bildungsauftrages, wie er in den Landesschulgesetzen normativ verankert ist, umfasst mehr als die kognitive Bildung; mindestens ebenso wichtig sind soziale und politische Kompetenzbildungsprozesse. Die Umsetzung des Rechtes auf Beteiligung und Verwirklichung von Demokratielernen ist in Schulen nur möglich, wenn sie sowohl Lernorte als auch Orte der Demokratie werden. Die Arbeit mit Medien, wie Schülerzeitungen und Schülerfernsehen ist neben den unterrichtlichen und außerschulischen Partizipationsaktivitäten besonders zu fördern.

- Für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ermutigt das BJK die Länder, in allen Förder Richtlinien und Zuwendungsverträgen mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe bzw. der außerschulischen Jugendbildung Partizipation als integrierten Bestandteil festzuschreiben. Es sollten keine Maßnahme, keine Einrichtung und kein Programm gefördert werden, in denen nicht Kinder- und Jugendbeteiligung systematisch einbezogen wird. Auch nicht organisierte junge Menschen bzw. nicht über die Kinder- und Jugendhilfe gesteuerte Initiativen sollen im Hinblick auf Partizipationsförderung unterstützt werden. In allen Bereichen sollte durch regelmäßig stattfindende Evaluationen überprüft werden, inwiefern Beteiligung tatsächlich in den jeweiligen Einrichtungen und Strukturen ermöglicht und gelebt wird.
- Auch in ihrer Rolle als Landesgesetzgeber können die Länder die Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendbeteiligung verbessern. So sind etwa Kinder- und Jugendbeteiligungsrechte in einigen Gemeindeordnungen bzw. Kommunalverfassungen (Schleswig-Holstein, Berlin, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Saarland) verankert. Am weitreichendsten sind diese Partizipationsmöglichkeiten in der Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein (speziell nach § 47f) sowie in Baden-Württemberg (nach § 41a) verankert. Obwohl die rechtliche Absicherung von Kinder- und Jugendbeteiligung auf dieser Ebene nicht als alleiniger Schlüssel für eine Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten angesehen werden kann, haben die Erfahrungen gezeigt, dass das Bekenntnis des Gesetzgebers zur Bedeutung von Kinder- und Jugendpartizipation entsprechende Aktivitäten auf kommunaler Ebene ermutigt und unterstützt. Das BJK rät daher den Ländern, Möglichkeiten einer verstärkten Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligungsrechten in der Kommunalverfassung bzw. in den Gemeindeordnungen zu prüfen.

Empfehlungen für die Bundesebene

Auch auf bundespolitischer Ebene sind die Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendpartizipation nachhaltig zu verbessern. Hierzu stehen der Bundespolitik und dem zuständigen Mi-

nisterium unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. Über die viel kritisierte Verengung der Aktivitäten auf Modellprojekte hinaus können z. B. Verfahren der Partizipation erprobt, eigene Partizipationsaktivitäten entwickelt sowie vor allem auch Partizipation als strukturelles Element in die Maßnahmen und Programme nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes verankert und Partizipation damit zum strukturellen Bestandteil der Förderpraxis werden.

Obwohl die Bundesebene im Wesentlichen nur Rahmenbedingungen setzen kann – die überwiegende Mehrheit der Partizipationsaktivitäten findet auf örtlicher Ebene statt – kann der Bund die Aktivitäten, Programme und Maßnahmen auf Länder- und kommunaler Ebene unterstützen sowie ergänzend eigene Maßnahmen (Modellprojekte etc.) entwickeln. Soweit Empfehlungen und Anstöße für die anderen föderalen Ebenen formuliert und umgesetzt werden, sollten diese Initiativen und Aktivitäten nicht „top-down“ gestaltet, sondern vielmehr in einem unterstützenden und konsensualen Stil umgesetzt werden. Das BJK unterstützt zudem ausdrücklich die Praxis des Bundesjugendministeriums, entsprechende Projekte zu evaluieren, um die Resonanz, die Wirkungen und die Qualität dieser Maßnahmen zu überprüfen.

Das BJK empfiehlt daher der Bundesregierung, einen möglichen Prozess der Entwicklung von verbindlichen Qualitätsstandards – wie er im Nationalen Aktionsplan angekündigt wird – als ein partizipationsorientiertes Verfahren durchzuführen, bei dem vor allem die Entscheidungsträger der Länder, der kommunalen Ebene sowie der wichtigsten Einrichtungsträger – unterstützt durch Kinder und Jugendliche sowie Expert/innen aus der Wissenschaft – sich auf verbindliche Qualitätsstandards verständigen und im Sinne von Selbstverpflichtungserklärungen die Verantwortung dafür übernehmen, dass diese Standards in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich umgesetzt werden. Der entscheidende Handlungsbedarf liegt weniger in der Entwicklung einer weiteren Liste von Qualitätsstandards als vielmehr in ihrer verbindlichen Verallgemeinerung und Umsetzung. Ferner sollte durch eine angemessene und kontinuierliche Förderung der Kinder- und Jugendverbände sichergestellt werden, dass die eigene Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen durch ihre Verbände gewährleistet und die partizipative Praxis auf eine stabile finanzielle Basis gestellt wird. Anzuerkennen ist zudem, dass nicht alle Kinder und Jugendliche sich von Jugendverbänden vertreten fühlen; daher sind auch selbst organisierte und kurzfristige Initiativen von und für Kinder und Jugendliche gleichwertig zu betrachten und (in der Regel auf der örtlichen Ebene) zu fördern.

Das BJK begrüßt die unterschiedlichen Initiativen, die die Bundesregierung und das zuständige Ministerium bislang ergriffen bzw. für die Zukunft geplant haben, um Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene umfassend über Beteiligungsrechte zu informieren. Die Transparenz über die Rechte sowohl bei den Kindern und Jugendlichen selbst als auch bei Erwachsenen ist die Voraussetzung für ihre Realisierung. Insofern sollten die entsprechenden Aktivitäten und Initiativen beibehalten und gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

Empfehlungen für die Europäische Ebene

Das BJK begrüßt grundsätzlich die Orientierung europäischer Jugendprogramme und Dialogformen am Thema und Prinzip der Partizipation. Das BJK fordert sowohl die Europäische Kommission als auch die nationalen Akteure – wie BMFSFJ, Nationalagentur, Jugendverbände etc. – auf, den Strukturierten Dialog so auszugestalten, dass seine Nachhaltigkeit, Transparenz und partizipative Orientierung gestärkt werden. Hierzu gehört nicht nur eine sorgfältige Vor- und Nachbereitung der so genannten Jugendevents und anderer Aktivitäten im Rahmen des Strukturierten Dialoges, sondern vor allem auch eine gründliche Information der beteiligten jungen Menschen über dessen Ziele und Umsetzungsmodalitäten. Wenn das Instrument des Strukturierten Dialogs tatsächlich ein erfolgreiches Mittel sein soll, um junge Menschen aktiv an europäischer Jugendpolitik zu beteiligen, dann müsste dieser Prozess nicht als kurzfristige Maßnahme, sondern als regelmäßiger Konsultationsprozess ausgestaltet werden. Darüber hinaus ist zu fordern, dass der informell organisierte Strukturierte Dialog auch auf nicht verbandlich organisierte Strukturen ausgeweitet und durch formale Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsregelungen für ausgewählte thematische Bereiche der Jugendpolitik ergänzt wird. Auch ist es zu begrüßen, dass sich die EU zur gezielten Förderung von jungen Menschen mit Benachteiligungen in JUGEND IN AKTION klar positioniert und weitergehende Maßnahmen und Programmteile für dieses Ziel reserviert. Eine Fortführung und Weiterentwicklung dieser Prioritätensetzung ist zu unterstützen. Das BJK empfiehlt der Europäischen Kommission, das Konzept der „European Active Citizenship“ konzeptionell zu schärfen, indem das Verhältnis zwischen partikularen kulturellen Identitäten und Gruppenzugehörigkeiten und dem Leitbild einer europäischen Bürgerschaft stärker berücksichtigt wird. Dabei gilt es insbesondere zu klären, inwieweit gerade die Orientierung an partikularen Identitäten (wie ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, regionale Herkunft) kulturelle Ressourcen für Partizipation darstellen und inwiefern die Orientierung an einem übergreifenden Konzept europäischer Staatsbürgerschaft beteiligungsorientiertes Handeln auf der Ebene der EU motiviert. Darüber hinaus wäre es für den Erfolg der künftigen europäischen Zusammenarbeit sehr wichtig, Transfer- und Verknüpfungsformen zwischen der europäischen, der nationalstaatlichen und regionalen Ebene zu finden, beispielsweise durch konkrete Fragestellungen und Praxisaustausche. Das BJK fordert die nationalen Akteure im Rahmen des Strukturierten Dialogs auf, partnerschaftlich zusammen zu arbeiten und sowohl organisierte als auch die nicht-organisierte junge Menschen in diesen Prozess einzubeziehen.

Dr. Claudia Lücking-Michel

Vorsitzende des Bundesjugendkuratoriums

Mitglieder des Bundesjugendkuratoriums 2006 – 2009

Vorsitzende

Dr. Claudia Lücking-Michel
Generalsekretärin des Cusanuswerkes und Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu
Professorin für Interkulturelle Bildung und Prodekanin des Fachbereichs 12: Erziehungs- und Bildungswissenschaften an der Universität Bremen

Monika Lohr
Kreisdirektorin des Rhein-Sieg-Kreises a. D.

Prof. Dr. Joachim Merchel
Professor für Organisation und Management in der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Münster

Mitglieder

Dr. Barbara Dorn
Abteilungsleiterin Bildung/Berufliche Bildung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Dr. Christof Eichert
Ministerialdirigent, Leiter der Abteilung Integration und Generationen, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf

Christiane von Freeden
Vorstandsmitglied des Ganztagschulverbandes GGT e. V.

Benjamin Gesing
Vorstand Servicestelle Jugendbeteiligung a. D.

Prof. Dr. Franz Hamburger
Professor für Sozialpädagogik an der Universität Mainz

Uwe Lübking
Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Prof. Dr. Thomas Olk
Professor für Sozialpädagogik und Sozialpolitik an der Universität Halle-Wittenberg

Detlef Raabe
Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings

Martina Reinhardt
Leiterin des Referates Jugendpolitik im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

Klaus Waldmann
Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Ständiger Gast

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Direktor des Deutschen Jugendinstituts e. V.

Korrespondenzadresse

Anschrift: Deutsches Jugendinstitut e. V.
Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik
Nockherstraße 2
81541 München

Tel: +49(0)89 62306-288
Fax: +49(0)89 62306-265
E-Mail: bundesjugendkuratorium@dji.de
Internet: www.bundesjugendkuratorium.de